

9. Unterstützungsmassnahmen für Berufsleute, welche durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind

Postulat Markus Bärtschiger (SP, Schlieren), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Kaspar Bütikofer (AL, Zürich) vom 19. April 2021

KR-Nr. 127/2021, Entgegennahme, Diskussion

Ratspräsidentin Sylvie Matter: Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Ueli Bamert hat an der Sitzung vom 27. September 2021 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt. Der Rat hat zu entscheiden.

Hanspeter Göldi (SP, Meilen): Ich erkläre euch in Vertretung des Erstunterzeichners Markus Bärtschiger, der heute leider krank ist, weshalb das Postulat wichtig ist und wir dieses überweisen wollen.

Wir leben in einer sich schnell ändernden Welt. Veränderungen und, damit verbunden, Innovationen geben immer wieder neue geschäftliche Chancen, Chancen für ganze Branchen. Solche sogenannte Chancenbranchen werden oft von der Politik hofiert und gefördert. Heute sind das in der Schweiz Branchen in den Bereichen Gebäudehülle und -technik, Solarplanung und -installation, Biotechnologie, Healthtech und die Care-Berufe, um nur einige zu nennen. Allen diesen Branchen ist gemein, dass hier ein Fachkräftemangel herrscht.

Im Umkehrschluss gibt es aber auch Risikobranchen, Branchen, die nicht zuletzt durch den Klimawandel und die daraus entstehenden dringend nötigen Anpassungsmassnahmen verlieren, Anpassungen auch durch neue Regeln in Gesetzen und Verordnungen. Verlieren? Verlieren heisst hier auch immer, dass der Verlust des Arbeitsplatzes droht, im Wärmemarkt, angefangen bei den Kaminfegerinnen und Kaminfegern, den Servicetechnikerinnen und -technikern für Ölheizungen, Gebäudetechnikerinnen und -techniker bis hin zu den Lieferanten von fossilen Brennstoffen. Im Mobilitätsmarkt betroffen sind Tankwarte, Motorrad- und Automechanikerinnen und -mechaniker und weitere Berufe, die mit zunehmender E-Mobilität nicht mehr gefragt sind bei den Zulieferern für Automobile und so weiter, aber auch in der Flugindustrie. Neue, sich ändernde Berufsbilder gibt es auch in Zementwerken. Hier will ich mit meiner Aufzählung stoppen, abschliessend war sie nicht.

Homogen sind alle betroffenen Berufsgruppen ebenfalls nicht, zumal ältere Berufsleute damit rechnen können, dass entsprechende Vorschriften erst nach ihrer Pensionierung greifen. Zudem sind jüngere Arbeitnehmende oft viel flexibler und daher weniger auf staatliche Hilfe angewiesen. Dennoch gibt es Berufsleute, die ohne eigenes Verschulden in ihrem angestammten Berufsfeld bald keine Perspektiven mehr haben. Sie sollten auf gezielte Unterstützung zählen dürfen. Diese Unterstützung darf, muss unter anderem finanzieller Art sein, beispielsweise so, dass die Arbeitnehmenden nicht nur die eigentlichen Umschulungsmassnahmen stemmen können, sondern auch, dass sie in der Zeit der Umschulung ihre Lebenshal-

tungskosten decken können. Wenn Sie nun denken, diese Forderung sei nur arbeitnehmendenfreundlich, dann täuschen Sie sich, bezahlen doch die Arbeitgebenden auch einen durchaus grossen Anteil der Umschulungsmassnahmen. Zudem sinkt das Risiko, arbeitslos zu werden, in den Jahren nach einer beruflich orientierten Weiterbildung nach Angaben des Bundesamtes für Sozialversicherung um 2,5 Prozent, was den Staat beziehungsweise die Arbeitslosenkasse wesentlich entlastet. Bildung bietet die Sicherheit, wesentlich seltener Sozialhilfebezügerin oder -bezüger zu werden. Aber wie sagt man so schön? Bildung kann nicht einfach nur heruntergeladen werden, Bildung muss erarbeitet werden. Deshalb hoffen wir, dass der Regierungsrat in enger Zusammenarbeit mit den entsprechenden Berufsverbänden prüft, wie jene Berufsleute unterstützt werden können, welche durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht sind. Wenn zu den wirkungsvollsten Massnahmen auch Weiterbildungs- oder Umschulungskurskurse gehören, so sind auch finanzielle Beteiligungen in Erwägung zu ziehen. Weiter wird der Regierungsrat eingeladen, dem Kantonsrat entsprechend zu berichten und die nötigen Anträge zu stellen. Wenn es keine Anträge braucht, wenn es also keine Massnahmen zur Unterstützung der Betroffenen braucht, es der Markt sozusagen selber regelt, umso besser.

Das Postulat ist somit bewusst offen und keinesfalls arbeitgeberfeindlich formuliert. Es führt auch nicht zu übermässigen Staatsausgaben, bringt aber vielmehr eine riesige Erleichterung für die Betroffenen, bringt neue, anderweitig einsetzbare Fachkräfte hervor und kann die Arbeitsvermittlung, die Sozialämter et cetera entlasten. Ich bitte Sie, das Postulat zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Ueli Bamert (SVP, Zürich): Ich gebe Ihnen gleich zu Beginn meine Interessenbindung bekannt, sie dürfte Ihnen bekannt sein: Ich vertrete eine dieser Branchen, die vom Vorredner genannt wurden, nämlich die Lieferanten von Heizöl, aber auch die Tankwarte, diejenigen, die tagtäglich dafür verantwortlich sind, dass Benzin und Diesel in ausreichender Menge vorhanden sind. Nun, Ihr Engagement in Ehren und ich möchte dem hochgeschätzten Kollegen aus der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), Herrn Kollege Bärtschiger, und dem Kollegen Daniel Sommer hier keine schlechten Absichten unterstellen, aber ganz ehrlich, ich halte diesen Vorstoss für extrem verlogen. Sie haben gewisse Branchen, diese Branchen, die Sie genannt haben, jahrelang schlechtgemacht: die Mineralölbranche, die Gasbranche, die Autobranche, auch die Flugbranche, die Flugwirtschaft, aber letztlich auch die Landwirtschaft und die Fleischproduzenten. Sie haben alle, die in irgendeiner Art und Weise zum CO₂-Ausstoss beitragen, jahrelang schlechtgemacht. Für alles Negative auf dieser Welt haben Sie diese Branchen verantwortlich gemacht und jetzt vergiessen Sie hier Krokodilstränen und wollen Almosen verteilen, als Versuch, ja, vielleicht ein bisschen Unterstützung für Ihre Politik zu erkaufen oder vielleicht sogar Vergebung für Ihre verfehlte Politik. Sie sind ja sehr gut darin, das Geld anderer Leute zu verteilen und damit die Folgen Ihrer schädlichen Politik zu überdecken.

Nein, wir lehnen das ab und ich bin überzeugt, dass auch die meisten der angesprochenen Branchen diese Almosen nicht wollen. Was diese Branchen wollen,

ist: nicht immer mehr gesetzliche Vorschriften, nicht immer mehr Einschränkungen. Sie wollen einfach in Ruhe gelassen werden und in Ruhe arbeiten können, nicht ständig neue CO₂-Vorschriften und -Abgaben und was Sie da sonst noch alles im Hinterkopf haben. Und genau deshalb setzen wir uns ja auch immer gegen mehr Regulierung ein, gegen sinnlose Forderungen und neue Vorschriften.

Dieses Postulat ist ja letztlich ein schlagender Beweis dafür, dass es, je mehr man in diesen Markt eingreift, desto mehr zu weiterer Regulierung führt, und dann müssen Sie wieder irgendwo eingreifen und dort wieder eine neue Regulierung schaffen, damit dann dort wieder die negativen Folgen ausgeglichen werden, und so weiter und so fort. Diesen Teufelskreis wollen wir unterbrechen.

Und ich habe es vorhin gesagt, wir wollen keine Almosen. Wir, diese Branchen, wollen keine Almosen, sondern wir wollen in Ruhe gelassen werden und wir wollen vor allem auch mehr Respekt gerade – und da spreche ich jetzt wirklich für meine Branche – für die Mineralölbranche. Ich erwarte von Ihnen endlich auch ein bisschen mehr Respekt für die Leistung, die wir für dieses Land erbringen für die Versorgungssicherheit. Es gibt keine Branche, die wichtiger ist für die Versorgungssicherheit in diesem Land als die Mineralölbranche. Wenn wir morgen einfach mal ein paar Tage die Arbeit aufgeben würden, dann würde kein Lastwagen mehr von A nach B fahren mit wichtigen Gütern, keine Ambulanz würde mehr fahren, die ganzen Notstromaggregate, die die Krankenhäuser und die kritischen Infrastrukturen schützen, könnte man auch nicht mehr betreiben. Und letztlich auch das ganz grosse Notstromaggregat – darüber waren mir ja alle froh im letzten Winter –, das grosse Notstromaggregat in Birr, das auch mit Öl betrieben wird, das gäbe es dann auch nicht mehr. Also haben Sie bitte ein bisschen mehr Respekt vor der Leistung, die diese Branche für dieses Land erbringt. Es würde stillstehen, wenn es diese Branche nicht gäbe.

Aber ich muss auch sagen: Es ist auch völlig unnötig, dieses Postulat. Die Dekarbonisierung ist bereits voll im Gange, das merken wir ja, gerade meine Branche, ich gebe es zu. Sie wird kleiner, der Absatz nimmt laufend ab, es wird immer weniger Heizöl verkauft. Das ist ein mehr oder weniger natürlicher Prozess. Natürlich, er wird durch die ganze Berichterstattung und auch durch die Einsicht der Hauseigentümer befeuert, aber es ist ein mehr oder weniger natürlicher Prozess. Er ist aber relativ langsam. Und in diesen Transformationsprozess fordern wir einfach, dass man nicht immer mit noch mehr Regulierung eingreift. Man sollte diesen Prozess nicht mit der Brechstange beschleunigen. Dann ist es auch nicht nötig, dass man dann diese armen Heizölhändler, die keinen Job mehr haben, unterstützen muss, denn so weit ist es nämlich gar nicht. Ich kann Ihnen sagen, wie es läuft: Es gibt diese alten Firmen, diese alten Patrons. Wenn sie dann pensioniert werden, dann geben sie das Geschäft ab, der nächstgrössere Marktteilnehmer kauft es, und so weiter. Und die ganz Grossen, die sind sowieso schon längstens am Umsatteln. Ich nenne jetzt keine Namen, Sie kennen sie alle, die grossen Firmen. Diese verkaufen längst nicht mehr nur Heizöl, Benzin und Diesel, sondern auch Fotovoltaik-Anlagen oder Wärmepumpen und so weiter.

Und zuletzt zeigt diese Diskussion auch ein bisschen auf: Ihre Klimapolitik ist halt einfach schon sehr erfolglos. Seit 15 Jahren sprechen Sie von nichts anderem

als davon, dass man mit den CO₂ runter muss, dass jetzt endlich ein Ruck durch die Gesellschaft gehen muss, aber ganz ehrlich: Verbrennungsmotoren wird es noch jahrelang geben. Bis heute brauchen noch 97 Prozent aller Autos, die Sie auf der Strasse sehen, Benzin und Diesel, und sie brauchen noch einen Automechaniker, der sie dann flickt. Es wird unbeeindruckt weitergeflogen, auch diese Branche wird noch sehr lange weiterbestehen. Und selbst die Ölheizungen sind noch jahrelang im Markt, es gibt ja immer noch nirgendwo ein wirklich absolutes Verbot. Automechaniker, Kaminfeger, die Heizölbranche – keine Angst, die Arbeit geht diesen nicht aus. Und somit komme ich zum Fazit: Wir wollen keine Almosen. Wir wollen einfach, dass Sie die natürlichen Transformationsprozesse respektieren. Herzlichen Dank.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Auch meine Interessenbindung: Ich bin Vizepräsident von Swissolar (*Branchenverband der Schweizer Solarwirtschaft*). Als erstes vorweg: Die Grünen werden das Postulat unterstützen. Die Dekarbonisierung ist im Gange, muss aber weiter beschleunigt werden, damit wir die Klimakrise meistern können. Dieser Strukturwandel ist eine Chance, die der Schweizer Wirtschaft mehr Opportunitäten bringt als Risiken. Und ich staune schon, Herr Bamert, dass Sie das als natürlichen Prozess darstellen, der einfach so passiert in der Natur. Dass wir hier diesen Wandel voranbringen, das ist ein politischer Wille, und es ging leider sehr lange, bis genügend Bürgerliche davon überzeugt werden konnten, dass er nötig ist. Die Wissenschaft weiss es schon lange.

Im Gegenzug zu den Postulatsstellern sehe ich den Strukturwandel als Chance. Aktuell haben wir einen Arbeitnehmenden-Markt, Firmen suchen händeringend nach Fachleuten. Natürlich gibt es durch die disruptive Veränderung auch immer Verliererinnen und Verlierer, welche man als Gesellschaft unterstützen soll. Deshalb soll der Regierungsrat den gewünschten Bericht erarbeiten.

Die Schweiz steht bezüglich der Dekarbonisierung und der Risikoberufe auch gut da. Wir haben keine Bergleute, die Kohleabbau betreiben, keine Berufsleute im Bereich der Öl- oder Gasförderung. Und die Schwerindustrie hat es in unserem Land schon lange schwer und ist nur noch ein Rumpf ihrer selbst. Aber auch in Deutschland, wo die betroffenen Berufe viel zentraler sind, wird eine Mehrbeschäftigung durch die Dekarbonisierung erwartet. Die gesamtwirtschaftliche Neuausrichtung auf das Ziel der Klimaneutralität etabliert neue Wertschöpfungsmuster, die sich in einigen Feldern von früheren Strukturen abheben. So entstehen neue Leitmärkte in den Bereichen Kreislaufwirtschaft, Elektromobilität und erneuerbare Energien. Im Bereich der Fotovoltaik, neben der Wasserkraft die Energiequelle mit dem grössten Potenzial der Schweiz, erreicht der Zubau in diesem Jahr einen neuen Rekord. Der Verband Swiss Solar erwartet, dass in diesem Jahr 1,5 Gigawatt an neuer Kraftwerksleistung zugebaut wurde. Damit ist eine wichtige Schwelle erreicht. Zusätzlich braucht es noch 1 Gigawatt jährlichen Zubau, damit die Energiewende erreicht werden kann.

Aktuell beschäftigt die Branche 10'000 Personen, und nochmals so viele Personen werden benötigt, um den Zubau zu gewährleisten. Damit die Branche die Mitarbeiter der Zukunft finden kann, sind Umschulungen hin zu zukunftsweisenden

Berufen zentral. Vor drei Wochen durfte ich an einer Informationsveranstaltung im Kanton Luzern für einen Wochenkurs «Solarmonteur», welcher im Weiterbildungszentrum Lenzburg seit Februar stattfindet, den Verband vertreten. Dort wurden auch zwei Absolventen vorgestellt. Der erste hat seinen Beruf verloren und konnte über das RAV (*Regionales Arbeitsvermittlungszentrum*) diesen Kurs besuchen. Nach einem Telefonat und einem Schnuppertag bei einer Solarfirma hatte er wieder eine Beschäftigung, die ihm viel Freude bereitet. Der zweite Absolvent wollte sich früh neu ausrichten, bevor seine Arbeit überflüssig wurde. Bisher hat er 5G-Antennen erstellt, ein Metier, welches bald abgeschlossen ist. Er hat im Kurs gesehen, dass die Solarenergie für ihn das richtige ist. Er hat drei Bewerbungen geschrieben und drei Zusagen erhalten und arbeitet jetzt als Projektleiter und will sich in diesem Bereich auch weiterbilden. Umschulungs- und Weiterbildungsangebote sind in einer dynamischen Welt, wie wir sie erleben, zentral und müssen allen Interessierten zugänglich gemacht werden. Kaum jemand wird sein Leben lang den erlernten Beruf ohne Veränderung bis zur Pensionierung ausüben können. Sehen Sie Chancen statt Risiken in der Veränderung!

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Mit dem Postulat gefordert wird ein Bericht betreffend Unterstützungsmassnahmen für Personen, welche durch die Dekarbonisierung in ihrer beruflichen Existenz bedroht werden. In der Begründung erfolgt eine umfassende Aufzählung, wer betroffen sein könnte.

Zunächst gilt es einmal festzuhalten, dass wir das Phänomen marktbedingter massiver Veränderungen auch in der Berufsbildung immer wieder gehabt haben in der Vergangenheit, das ist also nichts Neues. Ich nehme ein Beispiel: Der Wandel in der grafischen Branche in den letzten 25 Jahren, die Berufsbilder haben sich im Schnellzugtempo abgelöst. Wer damals eine Ausbildung als Schriftsetzerin oder Schriftsetzer gemacht hat, musste umsatteln, kann das heute nicht mehr zur Anwendung bringen. Ein noch krasserer Beispiel sind die Schreibmaschinenmechanikerinnen und Schreibmaschinenmechaniker und andere Berufe, die von der Bildfläche verschwunden sind. Hat in diesen Situationen der Regierungsrat jeweils eine Unterstützung geliefert? Hat er hier Massnahmen getroffen, um diese Veränderungen abzufedern? Nach meinem Wissen nicht. Die Leute mussten sich selbst umschulen beziehungsweise die zuständigen Organisationen der Arbeit, die Branchenorganisationen, haben ihre Arbeit gemacht. Mit dem Wandel hin zur Klimaneutralität stehen wir heute an einer ähnlichen Schwelle. Der Strukturwandel bringt natürlich Gefahren, aber auch Chancen mit sich. Soll sich hier jetzt der Regierungsrat einmischen? Wir meinen, nein. Zum einen verlaufen die Marktveränderungen stetig und voraussehbar. Zum anderen haben wir gerade in den im Postulatstext erwähnten Branchen starke Organisationen der Arbeit, starke Branchenverbände, die sich sehr um die Weiterentwicklung der Berufsbildung engagieren und auch sehr verdient machen. Und bekanntlich wissen wir ja alle hier im Saal, dass alle fünf Jahren diese Berufsbilder von der Verordnungen des SBFI (*Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation*) her überarbeitet werden müssen und da eine laufende Kontrolle stattfindet. Also ein Bericht des Re-

gierungsrates bringt hier unseres Erachtens wenig, kann vielleicht eine Informationslücke füllen, aber die Verantwortung für die sich ändernden Bedingungen in diesen Berufen nicht übernehmen, und deshalb unterstützen wir von der FDP dieses Postulat nicht.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis): «Das Auto ist eine vorübergehende Erscheinung, ich glaube an das Pferd.» Ob Kaiser Wilhelm II. (*Deutscher Kaiser*) seine Behauptung jemals zurücknahm, wissen wir nicht. Aber bekannt ist, dass die Gattin von Carl Benz (*deutscher Ingenieur, Erfinder des Automobils*) an einem warmen Augusttag 1888 heimlich eine Ausfahrt mit der Erfindung ihres Mannes machte und damit ungewollt den Untergang der Kutschen einläutete. Denn die Geschichte vom 180 Kilometer langen Ausritt mit ihren beiden Söhnen verbreitete sich wie ein Lauffeuer um die ganze Welt. Davon wenig angetan waren Unternehmen und Arbeitnehmer, denen das neue Fortbewegungsmittel die Aussicht auf eine rosige Zukunft raubte. Wenn eine neue Technologie die Arbeitswelt grundsätzlich verändert, weckt das verständlicherweise Ängste und Abwehrhaltungen, und die lassen sich auch nicht «Trostpflasterli»-Politik und schönen Reden nehmen. Wer betroffen ist, will reale Hilfe, keine Floskeln. Der dringende Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter führt nun erneut zu einem Wandel, der bestimmte Berufsgruppen treffen wird. So müssen sich zum Beispiel Kaminfege- rinnen, Servicetechniker für Ölheizungen oder Automechanikerinnen mit der Frage befassen, wie sie sich beruflich neu orientieren können. Das ist unangenehm und lässt den Puls ansteigen. Senken kann ihn jedoch ein Blick in die Geschichte menschlicher Tätigkeiten, denn schon viele Generationen vor uns schafften es, das Neue anzunehmen. Das sehe ich auch beim wechselvollen Weg meines Vaters als Landwirt: Von der Pferdekraft auf mechanische Bewirtschaftung umstellen, den Verlust des Viehbestands durch Maul- und Klauenseuche verkraften, zur IP-Produktion (*Integrierte Produktion*) übergehen oder im zunehmenden Bürokratie überleben. Von zinslosen Darlehen oder kostenlosen Weiterbildungsangeboten von Staat und Verbänden konnte schon mein Vater profitieren.

Die Fähigkeit, sich durch all die Jahrzehnte neuen Gegebenheiten anzupassen, verdient grössten Respekt. Und diesen Respekt fordert ja auch Ueli Bamert ein. Er unterstellt uns, wir wollten mit diesem Vorstoss versuchen, Vergebung zu erlangen. Vielleicht kann es aber auch sein, dass er von der Hilflosigkeit der SVP im Thema Dekarbonisierung ablenken will. Und seine fairerweise offengelegte Interessenbindung macht dann auch deutlich, warum bei er beim Thema Dekarbonisierung stets wie ein geölter Blitz aufsteht und Ablehnung fordert.

Zurück zum Respekt: Der Respekt allein genügt nicht. In einem so tiefgreifenden Strukturwandel sind Branchenverbände ebenso gefordert wie der Staat. Wer ohne eigenes Verschulden vom Arbeitsmarkt vertrieben wird, sollte auf gezielte staatliche Unterstützung zählen dürfen – gezielte staatliche Unterstützung. Daher fordert unser Postulat den Regierungsrat auf, aufzuzeigen, welche Angebote und Möglichkeiten es dafür gibt. Dass der Regierungsrat bereit ist, sich dieser Thematik anzunehmen, ist erfreulich. Denn so können Kaminfeger und andere Betroffene weiter auf eine glückliche berufliche Zukunft hoffen. Diese Hoffnung

will auch die EVP nicht sterben lassen, weshalb sie dieses Postulat voll und ganz unterstützt.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Bei jedem Strukturwandel gibt es Berufsleute, die ohne eigenes Verschulden ihre Perspektive verlieren. Es gibt immer Gewinnerinnen und Verlierer auf dem Arbeitsmarkt. Der Strukturwandel bringt aber auch ein grosses Potenzial an Chancen, indem neue Berufsfelder und Arbeitsstellen entstehen. Profitieren von diesem Postulat sollen Kaminfeger, Servicetechnikerinnen, Techniker für Ölheizungen und so weiter und so weiter. Ich kann mich hier dem Votum von Dieter Kläy anschliessen. Was ist mit allen anderen Berufsgruppen, die aufgrund von Gesellschafts- und Strukturwandel keine Zukunft mehr haben oder hatten? Was ist mit den Postkutschern, den Schriftsetzern, den Telefonistinnen, den «Fräuleins vom 111» (*Telefonauskunft*)? Der Staat soll Härtefälle unterstützen, selbstverständlich. Aber gezielt einzelne Berufsgruppen zu bevorzugen, ist nicht die Lösung. Auch ein Bericht des Regierungsrates hilft dazu nicht und kostet nur. Die Mitte-Fraktion unterstützt dieses Postulat nicht.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die gesellschaftlichen Umwälzungen mit den Haupttreibern der demografischen Entwicklungen, der Digitalisierung und der Klimaveränderung führen zu neuen Vorgaben, die auch die Arbeitswelt betreffen. Als Folge davon verändern sich die Aufgaben und Arbeitsinhalte von bestimmten Berufsfeldern und Branchen. Damit diese Berufsleute sich an die sich verändernden Arbeitsmärkte weiterhin eingeben können, sind sie gefordert, sich den neuen Anforderungen anzupassen und beruflich weiterzubilden. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung berät Erwachsene in beruflichen Veränderungssituationen. Dabei ist es ihr ein wichtiges Anliegen, mit der Beratung von Erwachsenen einen Beitrag zur Erhaltung der Arbeitsmarktfähigkeit zu leisten, um dem Fachkräftemangel vorzubeugen und prekäre Arbeitssituationen zu vermeiden. Dies ist aber eine Daueraufgabe und sie gilt für alle Branchen. Neben der Grundbildung können kantonale und private Berufsfachschulen Kurse der berufsorientierten Weiterbildung, vorbereitende Kurse auf eidgenössische Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen sowie Lehrgänge der höheren Fachschulen, gestützt auf das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung, anbieten. Da die Schulen in ihren Berufsfeldern beziehungsweise Kompetenzbereichen mit den Betrieben und Branchen im engen Austausch sind, ist eine gemeinsame Analyse der entsprechenden Weiterbildungsbedürfnisse und -möglichkeiten dienlich, weshalb der Regierungsrat auch bereit ist, den Vorstoss entgegenzunehmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 105 : 62 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat nicht zu überweisen.

Das Geschäft ist erledigt.